



Auch bei der kommenden Landtagswahl dürfen Bürgerinnen und Bürger in Kaufbeuren wieder Kreuzchen setzen. In Bayern kann man das erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres. Ändert sich das bald? Foto: Sebastian Gollnow/dpa

# Das Kreuz mit der Jugend

Die Bewegung „Vote 16“ fordert, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Dafür sammeln die Initiatoren Unterschriften. Doch das Vorhaben ist umstritten.

Von Felicia Straßer

**Kaufbeuren** Wählen ist Sache der Erwachsenen. Ihre Kreuzchen auf den Zetteln mit den Kandidaten oder Parteien dürfen Bürgerinnen und Bürger in Kaufbeuren erst ab 18 Jahren machen. Dabei gibt es viele Bundesländer, in denen Jugendliche schon ab 16 stimmberechtigt sind. Die Bürgerinitiative „Vote 16“ fordert dieses Recht nun auch im Freistaat. Dabei ist dieses Privileg auch unter den Betroffenen selbst umstritten.

Schülerin Chaya aus Kaufbeuren ist 16 Jahre alt und hält nichts von der Herabsetzung des Wahlalters. „Ich interessiere mich weniger für Politik“, sagt sie. Auch in ihrem Freundeskreis sei das noch kein Thema. In ihrem Alter seien politische Themen für viele nicht so bedeutsam, lediglich im Geschichtsunterricht befasse sie sich damit. „Aber wenn ich 18 bin, gehe ich schon wählen“, sagt sie. Gerne auch mit 16 würde hingegen Carlotta, die sich in der Kulturwerkstatt Kaufbeuren engagiert, ihr Kreuzchen machen. Dem Empfinden der 15-Jährigen nach interessieren sich viele Jugendliche für Politik. „Die meisten sind geeignet, wählen zu gehen, aber natürlich

gibt es auch Ausnahmen.“ Sie glaubt, dass das Wahlrecht ab 16 dazu anregen würde, sich früher stärker mit Politik auseinanderzusetzen. In ihrem Umfeld seien politische Themen definitiv Gesprächsstoff, einige ihrer Freunde haben Politik auch als Fach in der Schule gewählt.

Wird das Wahlalter im Freistaat Bayern herabgesetzt, wäre das für Nina Weber (25), Vorsitzende des Stadtjugendrings, nur der erste Schritt. „Ideal wäre ein generelles Wahlrecht ab 16“, sagt sie. Das würde dann auch für die Bundestagswahl gelten. Viele Jugendliche in Kaufbeuren engagieren sich laut Weber politisch und gesellschaftlich. „Sie stehen für das ein, was ihnen wichtig ist.“ Sei es nun das Essensangebot in der Mensa oder Fragen der Mobilität sowie des Klimaschutzes.

Vorbehalte gegen diese Initiative hat Oberbürgermeister Stefan Bosse (CSU). „Der 18. Geburtstag ist mir als Stichtag lieber“, sagt er. Mit Erreichen dieses Alters treten viele Regelungen in Kraft, etwa die volle Strafmündigkeit oder der Autoführerschein. Eine „Entkopplung des Wahlrechts von der Volljährigkeit“ ist laut dem Kaufbeurer Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke (CSU) zudem nicht konse-

quent. Ihm gehe es dabei nicht um die tatsächliche Reife 16-Jähriger, sagt er. Das Gesetz unterstelle jungen Menschen erst mit 18 Jahren, dass sie volle Verantwortung für ihr Leben übernehmen können. Bosse erinnert sich noch an seine eigene Jugend: „Die Welt ist mit 18 anders als mit 16.“ Er wisse, dass sich viele junge Menschen politisch engagieren. Stracke hat die Erfahrung gemacht, dass sich viele junge Leute für konkrete Ziele einsetzen. „Wie übrigens auch frühere Generationen“, sagt er. „Die Stimme der Jugend hat heute aber auch mehr Kanäle als früher, hat Gewicht und wird gehört.“

Mit dieser Argumentation kann Carlotta von der Kulturwerkstatt wenig anfangen. „Es geht um die Zukunft junger Menschen, also sollten sie auch mitbestimmen dürfen“, sagt die 15-Jährige. Unterstützung bekommt sie von Holger Jankovsky, dem Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Kaufbeuren. Die Herabsetzung des Wahlalters trage zu einer „lebendigen Demokratie“ bei. „Damit geben wir jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Zukunft mitzugestalten.“ Natürlich setzen sich laut Nina Weber auch ältere Menschen für die junge Generation ein. „Trotzdem beschäftigen sich ältere

Wähler eher mit anderen Themen, als die meisten 16-Jährigen“, sagt Weber.

Ein Generationenkonflikt also? „Das ist eine schwierige Debatte“, sagt Bosse. „Dabei wird schnell unterstellt, ältere Menschen würden die Zukunft der Jugendlichen verspielen.“ Das sieht er anders. Bei einer Wahlrechtsreform wirbt er für ein konsequentes Vorgehen. Ein Wahlrecht ab 16 sollte aus seiner Sicht nicht nur für die Kommunalwahl, sondern für alle Wahlen gelten. Es sei unverständlich, wenn man mit 16 bei der einen Wahl eine Stimme hat und bei der nächsten nicht.

Damit es aber so weit kommt, muss erst die Verfassung geändert werden. Für dieses Ziel muss die Bürgerinitiative „Vote 16“ zunächst 25.000 Unterschriften bis zum 14. Juli sammeln. Unterzeichnen können alle, die auch bei der bayerischen Landtagswahl stimmberechtigt sind. Für das Volksbegehren kann in Kreis- und Stadtjugendrings unterschrieben werden. Das haben bisher unter anderem Vizepräsident des bayerischen Landtags Alexander Hold (Freie Wähler), Landrätin Maria-Rita Zinnecker (CSU) und der Zweite Bürgermeister der Stadt Kaufbeuren, Oliver Schill (Grüne) getan.